

Nassauer Volksfreund

Herborner Zeitung

mit illustrierter Gratis-Beilage „Neue Lesehalle“

Druck und Verlag von Emil Anding, Herborn. — Telefon Nr. 239.

Erscheint an allen Wochentagen. — Bezugspreis vierteljährlich mit Botenlohn 1,75 Mk., durch die Post bezogen 1,50 Mk., durch die Post ins Haus geliefert 1,92 Mk.

Preis für die einspaltige Petit-Zeile oder deren Raum 15 Pfg., Restame pro Zeile 40 Pfg. Anzeigen finden die weiteste Verbreitung. Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt.

Nr. 20.

Herborn, Samstag, den 24. Januar 1914.

12. Jahrgang.

Die Kabinettsorder vom Jahre 1820.

Es scheint niemand so recht zu wissen, was die offiziöse Rundgebung über die Nachprüfung des Rechtes des militärischen Waffengebrauches bedeuten soll. Man findet immer noch in zahlreichen Blättern Betrachtungen über die Kabinettsorder von 1820, die „ein Ueberbleibsel aus der Zeit des Absolutismus“ und von dem Militär jetzt nur ausgegraben sei, um sein Vorgehen in Bayern zu decken. Es ist aber ein Irrtum, anzunehmen, daß die Mitteilung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ eine Nachprüfung der Befehlsmäßigkeit des militärischen Vorgehens ankündigt. Nein, alle maßgebenden Behörden „an der Quelle“ wissen es, daß daran „nicht zu tippen“ ist. Oberst von Reuter hat sich auch gar nicht auf jene Kabinettsorder berufen, sondern einfach auf seine Instruktion, die im Jahre 1899 neu gedruckt ist. Aber auch deren Befehlsmäßigkeit wird von unseren höchsten Justizbehörden nicht angezweifelt. Wer da meint, irgend etwas stimme nicht dabei, der kennt unsere Reichsverfassung nicht, so wie sie am 16. April 1871 vom Bundesrat und Reichstag gemeinsam geschaffen worden ist. Im übrigen ist erst vor einigen Tagen in der ersten reichsständischen Kammer der bekannte Staatsrechtslehrer Professor Laband in Straßburg für die Rechtsgültigkeit besagter Order eingetreten.

Im Artikel 61 der Reichsverfassung heißt es wörtlich: „Nach Publikation dieser Verfassung ist in dem ganzen Reiche die gesamte preussische Militärverfassung ungeschmälert einzuführen, sowohl die Gesetze selbst, als die zu ihrer Ausführung, Erläuterung oder Ergänzung erlassenen Reglements, Instruktionen und Restripte... die Militärdisziplinordnung ist jedoch ausgeschlossen.“ Daraus geht klar hervor, daß von allem, was in Preußen für das Militär Rechtens war, einzig und allein die Disziplinordnung auf das Reich nicht übertragen wurde, dagegen sämtliche kaiserlichen Instruktionen, darunter auch die berühmte Kabinettsorder von 1820, die bei der Beratung der preussischen Verfassung 1851 in Kraft gesetzt wurde und überhaupt niemals außer Gültigkeit gesetzt worden ist.

Darnach handelt es sich also nicht um irgend eine vorläufige Meinungsäußerung des Absolutismus, sondern um gültiges Recht von 1871, auf das das Militär sich stützt. Die Frage, die nach der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung der Nachprüfung unterliegt, dreht sich lediglich um schärfere Abgrenzung der zivilen und militärischen Zuständigkeit. Man wird versuchen, eine Form zu finden, die jeden Zweifel fortan ausschließt. In erster Reihe ist dabei das Kriegsministerium natürlich die begutachtende Behörde, darnach kommen auch die Ressorts der Justiz und des Innern, letzteres in der Eigenschaft als oberste Polizeibehörde in Betracht. Sollten materielle Änderungen des geltenden Rechts beliebt werden, so wären sie nur auf reichsgesetzlichem Wege zu erreichen. Ob man aber augenblicklich große Lust verspürt, den Reichstag mit dieser Materie zu befaßen, steht noch dahin. Jedenfalls glauben wir, daß über die ganze Kabarettsorder von 1820 die Nachprüfung bestanden hat.

Die Stellung Liman von Sanders.

Nach einer durch das Wolffsche Tel.-Bur. vermittelten, offenbar aus dem türkischen Kriegsministerium stammenden Mitteilung über den Aufgabentritt, der der deutschen Militärmission nach den bekannten Vorgängen der letzten Zeit verblieben ist, werden die Befugnisse des Marschalls von Liman als „eine innere Angelegenheit der türkischen Armee“ behandelt und deshalb im einzelnen nicht bekanntgegeben. Ueber den Umfang und die Ausübung dieser Befugnisse besteht völliges Einvernehmen zwischen dem Marschall und dem türkischen Kriegsminister. Marschall von Liman übt unbeschränkte Inspektionsrechte aus. Er sei von seiner gegenwärtigen Stellung, die ihm eine freie Entfaltung seiner Reformarbeit erlaube, sehr befriedigt. — Wertwärtig an dieser Erklärung ist nur, daß die Worte über diese „innere Angelegenheit der türkischen Armee“ mit einer fremden — nämlich der russischen — Macht verhandelt und sich von ihr hat Vorschriften machen lassen!

Eine Berliner Mitteilung der „Köln. Ztg.“ vom Mittwochabend bringt in langer Ausführung die Vorgeschichte der Entsendung der deutschen Militärmission nach der Türkei und erzählt im Anschluß daran die Umstände der Veränderung, die an der Stellung und dem Range des Führers Liman von Sanders vorgenommen wurde. Die langatmigen Ausführungen gipfeln in der Behauptung, daß die Angelegenheit „für Deutschland niemals eine Prestigefrage, sondern stets eine Zweckmäßigkeitsfrage, vorwiegend innerer türkischer Natur“, gewesen sei. Uebrigens sei die ganze Sache so unbedeutend, daß es sich nicht lohnte, wegen der russischen Wünsche eine Verständigung zwischen Deutschland und Rußland herbeizuführen.

Ob die Sache wirklich „durchaus nicht von derartiger Bedeutung“ ist, darüber kann man wohl auch anderer Meinung sein, wenn man bedenkt, daß Rußland und Frankreich die Militärmissionsfrage vom Anfang an als

eine hochpolitische internationale Angelegenheit behandelt und ihre Auffassung zum Schaden des deutschen Ansehens im Orient auch durchgesetzt haben. Ueber die Tatsache, daß die deutsche Regierung vor den beiden Dreiverbandsmächten die Segel gestrichen, kommt man doch nicht so leicht was.

Deutsches Reich.

In der Bundesratsitzung vom Donnerstag wurden den zuständigen Ausschüssen überwiesen: der Entwurf eines Gesetzes betr. die Uebernahme von Bürgerschaften durch den Reichsstatus zwecks Förderung des Baues von Kleinhäusern für Reichs- und Militärbedienstete; die Ergänzung der Ausführungsbestimmungen zum Kalligefeh; der Entwurf eines Gesetzes über die weitere Zulassung von Hilfsmittelliefern im kaiserlichen Patentamt, sowie die Entwürfe einer Wechselordnung und eines Einführungsgesetzes. — Die Zustimmung wurde erteilt der Aenderung des Schlussprotokolls der dritten internationalen Konferenz für technische Einheit im Eisenbahnwesen und dem Entwurf einer neuen Anlage 1 zu dem internationalen Uebereinkommen über den Eisenbahnfrachtverkehr. — Ueber die Befragung einer Reichsgerichtsratsstelle wurde Beschluß gefaßt.

Der Arbeitsplan des Reichstages. In seiner vor Beginn der Plenarsitzung am Donnerstag abgehaltenen Beratung beschloß der Seniorentonent des Reichstages, auf die Tagesordnung für Freitag die Besprechung der Interpellationen betr. die kriegsgerichtlichen Urteile in Straßburg in Sachen der Zaberner Vorfälle zu setzen. Selbständig, aber unmittelbar im Anschluß an die Interpellationen sollen die Anträge der Fortschrittlichen Volkspartei und der Elsäßer und die gegebenenfalls noch zu erwartenden Anträge bzw. Resolutionen über die reichsgesetzliche Regelung der Befugnisse des Militärs zur Ausübung der staatlichen Zwangsgewalt erledigt werden. Der Beginn der Freitag-Sitzung ist auf 12 Uhr, der der Sonnabend-Sitzung auf 10 Uhr vorgesetzt. Montag und Dienstag nächster Woche bleiben sitzungsfrei. Der Mittwoch nächster Woche soll, wenn nötig, zum Abschluß der Zaberndebatte noch verwandt werden. Weiter sprach sich der Seniorentonent dahin aus, am Schluß der 2. Lesung des Etats des Reichsamts des Innern diejenigen Fragen besonders zu behandeln, die mit der Handhabung des Vereinsgesetzes zusammenhängen. Die Fraktionen können dann ihre Anträge zu dieser Materie stellen, die sofort erledigt werden sollen, so daß die Abstimmung hierüber nicht bis zur 3. Lesung hinausgeschoben zu werden braucht.

Die Liquidation der Zaberner Affäre. Der Statthalter der Reichsländer, Graf Wedel, hatte nach seiner Rückkehr aus Berlin eine Ministerkonferenz einberufen, in deren Verlauf er, Blättermeldungen zufolge, das Ergebnis seiner dortigen Besprechungen mitteilte. Demnach wäre mit dem Rücktritt leitender Personen in der Straßburger Regierung erst nach Erledigung aller mit der Zaberner Angelegenheit zusammenhängenden Fragen zu rechnen.

Betreffs des Generalpardons beim Wehrbeitrag ist jetzt endlich, soweit Preußen in Betracht kommt, eine endgültige Entscheidung getroffen, die von der „Nordd. Allg. Ztg.“ am Mittwochabend bekanntgemacht wird und lautet:

In der Sitzung des Reichstages vom 16. Januar d. J. ist zur Sprache gebracht worden, daß in einigen Veranlagungsbezirken Preußens der den sogenannten Generalpardon behandelnde § 68 des Wehrbeitragsgesetzes dahin ausgelegt worden sei, daß die von den Beitragspflichtigen gemachten berechtigenden Angaben nur die Freiheit von Strafe und Nachsteuer für frühere Jahre, nicht aber auch für das laufende Steuerjahr 1913 zur Folge haben.

Wenn einige preussische Veranlagungsbehörden sich auf diesen Standpunkt gestellt haben, so beruht dies Verfahren auf einer trügerischen Auslegung der gesetzlichen Bestimmungen, der der Finanzminister inzwischen durch eine Rundverfügung entgegengetreten ist.

Der Generalpardon gilt also auch für das Steuerjahr 1913. Es wäre zu wünschen, daß das Vorgehen des preussischen Finanzministers auch in den anderen Bundesstaaten Nachahmung finden möge.

Die Reichstags-Erfolgswahl im Wahlkreis Cobau-Rosenberg (Westpreußen), die durch den Tod des Abgeordneten Jörn erleidet worden war, fand bekanntlich am Mittwoch statt und endete mit dem Siege des Kandidaten der deutschen Parteien; bei 21 552 Wahlberechtigten erhielt der Reichsparteiler Landrat von Brünneck-Rosenberg nach dem vorläufigen amtlichen Wahlergebnis 11 334 Stimmen, während es der Pole, Gutsbeitzer Raszkowski, auf 8146 Stimmen brachte. Den Ausschlag hat nicht nur die Einigkeit sämtlicher deutscher Parteien, sondern auch die Haltung der deutschen Katholiken in dem von den Polen bedrohten Wahlkreis gegeben. — Bei der Hauptwahl 1912 war Pfarrer Jörn (Rp.) mit 11 119 gegen 8778 polnische, 309 sozialistische und 35 Zentrumstimmen gewählt. Mit der einen Ausnahme der Legislaturperiode von 1893 bis 98, in der er durch einen Polen vertreten war, war der Wahlkreis immer im Besitz der Reichspartei (abwechselnd der Deutschkonfession und der Reichspartei).

Ein neuer Fall von „Hölgängerei“ in Sicht? Am 4. Februar findet beim König Ludwig von Bayern ein parlamentarischer Diner statt, zu dem alle Abgeordneten, auf den besonderen Wunsch des Königs auch die sozialdemokratischen, eingeladen sind. Wie verlautet, dürfte ein Teil der Sozialdemokraten der Einladung Folge leisten. Endgültig steht der Beschluß jedoch noch nicht fest.

Der Vierte Internationale Mittelstandskongress, der bekanntlich alle drei Jahre von dem Internationalen Verbande zum Studium der Verhältnisse des Mittelstandes

einberufen wird, wird in der Zeit vom 5. bis 7. Oktober dieses Jahres in Hannover tagen. Außer den Mittelstandskorporationen werden die Regierungen der Kulturstädte, die Selbstverwaltungsbehörden der Provinzen und Städte sowie die Vertreter der Wissenschaft und der Presse zur Teilnahme eingeladen. Die einzelnen Fragen werden einer Reihe von Sektionen zur eingehenden Erörterung überwiesen, und zwar Sektionen für Handwerk und Gewerbe, Kleinhandel, Landwirtschaft, Haus- und Grundbesitz, Genossenschafts- und Kreditwesen sowie für Statistik. Der Kongress wird unter der Leitung des Geheimen Oberregierungsrates Dr. von Seefeld vom preussischen Ministerium für Handel und Gewerbe stehen; den Ehrenvorsitz hat der belgische Handelsminister übernommen.

Deutscher Reichstag.

197. Sitzung. § Berlin, 22. Januar 1914.

Im Reichstag vollendete die Etatsdebatte beim Reichsamt des Innern den fünften Tag. Fast schien es, als wollte die morgen beginnende Zabernwoche ihre Schatten vorauswerfen; denn der Elsäßer Haeggen kam auf die geringe Militärbegeisterung seiner Landsleute und die ungünstige Einwirkung des Wehrbeitrages auf die Stimmung der Elsäßer gegenüber dem Reiche zu sprechen. Nach ihm nahm der Reichsamtpräsident Havenstein zur Disposition unserer Reichsbank das Wort. Das Haus schien ihm in seiner großen Mehrheit beizustimmen, als er sie mit dem Balkankriege und der daraus entspringenden Beunruhigung rechtfertigte und der Hoffnung Ausdruck gab, daß die Anspannung jetzt nachlassen werde. Dann fand Dr. Werner-Giehn (B. Vgg.) kräftige Töne gegen die Schmutzkonzurrenz und das Putschertum, die dem Mittelstande das Leben sauer machen. Natürlich fand die Hervorhebung der eben erfolgten neuen Herabsetzung des Diskonts auf 4 1/2 Prozent ein besonders freudiges Echo. Herr Havenstein hat nicht die sprunghafte Redeweise seines Vorgängers Dr. Koch; ja man darf seine heutige Rede als ein Meisterwerk schlüssiger Dispositionsfunktion bezeichnen; über oratorische Schulung verfügt er allerdings nicht. Mit jener pessimistischen Auffassung, die in der Reichsbank nur eine Bervollständigung der Person des Dr. Eisenhart sieht, räumte er gründlich auf. Dann fand Dr. Werner-Giehn (B. Vgg.) sehr kräftige Töne gegen die Schmutzkonzurrenz und das Putschertum, die dem Mittelstand das Leben sauer machen. Natürlich bekamen auch die jüdischen Warenhäuser wieder ihr Teil. Von den Sozialdemokraten wich der Abgeordnete Heine an einigen Stellen von seiner meist auf den Salonten gestimmten Sprache ab. Mit Reuebelten wartete er nicht auf. Aus der Rumpfkammer der Reichsbank ergab es einen mit Sand gefüllten Gummischlauch auch hervorgeholt, den er z. B. als Warteninstrument auf den Tisch des Hauses niederlegte. Den Beschuldigungen gegen die Behörden, daß sie bewußt gegen die Arbeiter Partei nähmen, bereitete der Vizepräsident Dove ein rasches Ende.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

10. Sitzung. § Berlin, 22. Januar 1914.

Im schwach besetzten Hause feierten heute die bekannten Wünsche über Wanderhaushaltungsschulen, landwirtschaftliche Winterschulen usw. eine fröhliche Auserkennung. Auch die Zulassung des schweizerischen Dr. med. vet. in Preußen wurde gestreift. Herr von Schorlemer griff des öfteren in die Debatte ein und zeigte fast durchweg den vorgebrachten Wünschen gegenüber ein liebevolles Herz und eine entgegenkommende Haltung, einen Fall ausgenommen. Der Fortschrittler Wenke hatte bei Besprechung der Maßnahmen gegen die Maul- und Klauenseuche den Vorwurf erhoben, es werde bei den vorzunehmenden Abtötungen nicht mit gleichem Maß gemessen, vielmehr kämen die Großgrundbesitzer glimpflicher davon als die kleineren Besitzer. In der weiteren Debatte vertrat sein Fraktionsgenosse Mugdan denselben Standpunkt. Der Landwirtschaftsminister wies diese „Unterstellung“ mit Protest zurück und suchte in einem besonders angelegenen Falle, wo der Bestand eines Großgrundbesitzers, bei dem die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen war, nicht abgetötet wurde, nachzuweisen, daß diese Unterstellung ihre volle Berechtigung gehabt habe. Von konservativer Seite fand der Minister natürlicherweise lebhafteste Unterstützung in seiner Beweisführung. Man plauderte dann weiter über Geflügelzucht, Milchverkauf und ähnliche Dinge.

Kleine politische Nachrichten.

Der Diskont der Reichsbank wurde am 22. Januar auf 4 1/2 v. H., der Lombardzinsfuß für Darlehen gegen Verpfändung von Effekten und Waren auf 5 1/2 v. H. herabgesetzt. — Auch die Bank von England verlegte am gleichen Tage eine Herabsetzung des Diskonts auf 4 1/2 v. H.

Der mehrfach angekündigte Entwurf einer Wechselordnung wurde im „Reichsanzeiger“ vom 21. d. M. veröffentlicht.

Von der Budgetkommission des preussischen Abgeordnetenhauses wurde die Verlegung des Grabhügel Volksbundes nach Alsenfeld (Rbz. Rassel) genehmigt.

Die Verhandlungen zwischen den Braunschweiger Ärzten und der dortigen Allgemeinen Ortskrankenkasse wurden am Donnerstag völlig abgebrochen.

Der Begründer der „Berliner Politischen Nachrichten“, Viktor Schweinburg, starb am Donnerstag in Berlin; er war lange Jahre hindurch ehrenamtlicher Sekretär des Deutschen Flotten-

Bereits und Vertrauensmann des Zentralverbandes Deutscher Industrieller.

Einer Privatmeldung der „Epz. N. N.“ zufolge findet der diesjährige deutsche Protestantentag im Herbst in Osnabrück statt.

Der Oberpräsident der Provinz Brandenburg, Wirklicher Geheimrat von Conrad, starb am Donnerstag im Winteraufenthalte in Südfrankreich.

Die offizielle Veröffentlichung des viel besprochenen deutsch-englischen Vertrages, der hauptsächlich die Regelung wirtschaftspolitischer Fragen in Kleinasien und Afrika zum Gegenstande hat und seit Juli 1913 so gut wie abgeschlossen ist, wird Anfangs März gleichzeitig in Berlin und London erfolgen.

Die französische Regierung soll beabsichtigen, die allgemeinen Kammerwahlen möglichst bald, wahrscheinlich schon im Monat April, stattfinden zu lassen.

Die Abreise des Prinzen zu Wied nach Albanien ist, der „B. Z.“ zufolge, auf den 28. d. M. festgelegt. Zum Chef der Hofhaltung des neuen Fürsten wurde der Hauptmann a. D. Thilo von Trotha ernannt.

Die auf der Vulkaninsel Stettin für die griechische Marine erbauten sechs Torpedoboote traten am Donnerstag nach mehrtägigem Aufenthalt im Kieler Hafen die Ausreise nach den griechischen Gewässern durch den Kaiser-Wilhelm-Kanal an.

Nach einem drahtlosen Telegramm des Obersten Barreau vom 15. d. M. ist die Besetzung des marokkanischen Sultanats von Borku nunmehr als vollendete Tatsache anzusehen.

Nach einem Beschluß des neuen Ausschusses des südafrikanischen Gewerkschaftsverbandes wurde der Generalkonferenz vom 22. Januar ab bis auf weiteres für beendet erklärt; der Betrieb in den Eisenbahnwerkstätten soll am 26. Januar wieder aufgenommen werden.

Nach einem Telegramm aus Mexiko gab der Kriegsminister am Donnerstag bekannt, daß die Rebellen bei dem Versuch, Cuernavaca zu nehmen, von den Regierungstruppen geschlagen wurden und zweitausend Mann verloren.

Das Urteil im Prozeß Tilian.

In dem Prozeß Tilian und Genossen wurde auf den Plädoyers des Anklagevertreters und der Verteidiger vom Oberkriegsgericht nach am Mittwoch das Urteil gesprochen. Der Verhandlungsführer verkündete kurz vor 8 Uhr abends nach fast vierstündiger Verhandlung folgendes Urteil:

Die Berufung des Gerichtsherrn wird verworfen. Auf die Berufung der Angeklagten wird das Urteil des Kriegsgerichts der königlichen Kommandantur aufgehoben und dahin für Recht erkannt: Gegen Tilian wird das Verfahren wegen erschwerten Ungehorsams wegen Verjährung eingestellt, von der Anklage der Bestechung wird er freigesprochen. Schleuder und Hinst werden wegen Bestechung und erschwerten Ungehorsams zu je sechs Wochen verschärfstem Stubenarrest. Schmidt wegen derselben Vergehen zu vier Wochen gelindem Arrest, Hoge wegen erschwerten Ungehorsams zu drei Wochen verschärfstem Stubenarrest verurteilt. Der Angeklagte Pfeiffer wird von der Anklage der Bestechung freigesprochen, doch hat ihm das Gericht einen Anspruch auf Entschädigung für unschuldig erlittene Unterjuchungshaft nicht zuerkannt. — Den Angeklagten Schleuder und Hinst werden vierzehn Tage, dem Angeklagten Hoge sieben Tage als durch die erlittene Unterjuchungshaft verbüßt auf die Strafe in Anrechnung gebracht.

Das Urteil der ersten Instanz am 5. August hatte folgendermaßen gelaute: Gegen Tilian auf zwei Monate Gefängnis und Dienstentlassung, gegen Schleuder und Hinst auf je vier Monate Gefängnis und Dienstentlassung, gegen Schmidt auf 2 1/2 Monate Gefängnis und Degradation, gegen Hoge auf 43 Tage Festungshaft, gegen Pfeiffer auf sechs Monate Gefängnis und die Unfähigkeit zur Bekleidung eines öffentlichen Amtes für ein Jahr.

In der Begründung des jetzt ergangenen Urteils wurde ausgeführt: Es handelt sich um außerordentlich schwere Verfehlungen der Angeklagten. Sie haben ihnen anvertraute Dienstgeheimnisse dem Vertreter einer Privatfirma preisgegeben. Das Gericht ist aber doch trotz alledem dazu gekommen, hier einen minder schweren Fall anzunehmen und den Angeklagten mildernde Umstände zuzubilligen. Die Angeklagten sind zur Zeit ihrer Ver-

fehlungen noch sehr jung gewesen und haben nicht geglaubt, sich durch die Preisgabe der Dienstgeheimnisse irgendeiner Verfehlung schuldig zu machen. Sie haben gemeint, vor der Firma Krupp oder deren Vertreter habe es keine Geheimnisse. Schleuder, Hinst und Schmidt haben für die Preisgabe der Dienstgeheimnisse zweifellos Vorteile angenommen, so daß hier eine Bestechung vorliegt. Sie mußten sich sagen, daß die Annahme, wenn auch noch so geringer Vorteile, eine Bestechung ist. Immerhin waren aber die Vorteile, die den Angeklagten gewährt sind, außerordentlich gering, so daß das Gericht in Anbetracht der ganzen Sachlage nur auf geringe Strafen erkannt hat. Schleuder und Hinst mußten zu höheren Strafen verurteilt werden, als Schmidt, da Schmidt wenige Monate nach seiner Tätigkeit bereits Bedenken hatte und um Vergebung einkam. Von der Ehrenstrafe der Dienstentlassung und der Degradation hat das Gericht keinen Gebrauch gemacht. Bei Tilian lag eine Bestechung nicht vor. Bei Pfeiffer läßt sich nicht nachweisen, daß er Indiskretionen begangen und dafür Geld angenommen hat; er mußte daher freigesprochen werden. Hoge hat dem Brandt ebenfalls Dienstgeheimnisse preisgegeben wie Schleuder, Hinst und Schmidt, doch hat er dafür keine Belohnung angenommen, er war somit nur wegen Ungehorsams zu verurteilen.

Aus Groß-Berlin.

Der Kronprinz und die Presse. Wie Wolffs Bureau soeben mitteilt, hat der Kronprinz die Einladung des Vereins „Berliner Presse“, am 31. Januar in den Festräumen des Zoologischen Gartens an dem dort stattfindenden Presseball teilzunehmen, angenommen.

Drei Wochen tot in der Wohnung gelegen. In der Küche ihrer Wohnung in der Großbeeren Straße wurde die 73 Jahre alte Witwe Emilie Lehmann tot aufgefunden. Nach dem Gutachten eines Arztes, der die Leiche besichtigte, ist bei der Frau der Tod schon vor etwa drei Wochen eingetreten. Als Todesursache stellte er Herzschlag fest. Die Witwe wohnte schon seit einem Jahre in dem Hause und lebte ganz zurückgezogen. Als der Geldbriefträger in den letzten Tagen der Frau mehrmals die fällige Altersrente abliefern wollte, fand er keinen Einlaß in die Wohnung der Witwe. Er benachrichtigte den Hausverwalter, der die Leiche auf fand.

Erhöhung der Dienstmarken für Berliner Dienstboten. Nach einer Mitteilung des Vorstandes der Landesversicherungsanstalt Berlin tritt vom 1. Januar 1914 für eine Reihe von weiblichen Personen eine Änderung in der Höhe der Beitragsmarken ein. Betroffen werden von ihr die weiblichen Dienstboten, die der dritten Stufe der Allgemeinen Ortskrankenkasse der Stadt Berlin angehören, und zwar gleichviel, welchen Alters sie sind. Für diese Dienstboten sind vom 1. Januar ab Marken 4. Lohnklasse zu 40 Pfennig zu verwenden. Daselbe gilt für die Dienstboten, die von der Krankenversicherungsanstalt befreit sind. Als Grundlohn ist für diese Kategorie von Dienstboten von der Allgemeinen Ortskrankenkasse zu Berlin 3 M. angenommen, so daß sich als Jahresverdienst 900 M. ergeben. Mit einem solchen Verdienst kommen aber die betreffenden Dienstboten in die vierte Klasse der Landesversicherung, die alle Angestellten mit einem Jahresverdienst von 850 bis 1150 M. umfaßt. Gegenüber dieser Berechnung in Berlin haben die Rassen der Bororte den Grundlohn wohlweislich für die einzelnen Stufen so bemessen, daß eine Änderung dort nicht eintritt. — Zu dieser Maßregel bemerkt sogar der manchmal als halbhoßartiges Publikationsorgan benutzte „Berl. Volk. Anzeiger“:

„Diese Steigerung der Beiträge ist dadurch veranlaßt, daß der von der Polizei festzusetzende ortsübliche Tagelohn für 1914 wiederum erhöht worden ist. Auf diesem Wege hat man binnen wenigen Jahren die Beitragspflicht von 24 auf 40 Pfg. wesentlich erhöht! Jede Steigerung der Löhne, die doch die Empfänger im Kampf ums Dasein fürcht, hat danach automatisch eine weitere Be-

lastung der Lohnzahler zur Folge — ein Unsinn, der zwar Methode haben mag, der aber auf die Dauer ganz unerträglich wird.“

Das eine ist jedenfalls sicher, sympathischer wird den Dienstverhältnissen durch diese neue Maßregel, die möglicherweise mit der Zeit sich auch über die Grenzen von Berlin hinaus ausbreiten wird, die Krankenversicherung der Dienstboten nicht gemacht.

Tagesneuigkeiten.

Eine kostbare Redebühne leistete sich in der Reichstagskammer vom Mittwoch der bekannte Abgeordnete der Fortschrittlichen Volkspartei, Berggrat a. D. Georg Gotheim. Er sprach über den Wert der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik und meinte emphatisch, wenigstens behauptet dies die „Deutsche Tagesz.“: „Wenn der selige Emanuel (Rant) noch lebte, würde er sich einfach im Grabe umdrehen.“ — Daß auf diesen Auspruch mit großer Heiterkeit quittiert wurde, kann man sich denken.

Ein Berliner D-Zug in schwerer Gefahr. Der D-Zug Frankfurt-Bebra-Berlin ist bei der Station Salzmünster einer schweren Gefahr entgangen. Ein den Bahnübergang passierendes Fuhrwerk hatte ein schweres Holzstück mit Eisenkette verloren, das auf den Schienen lag. Einem Förster gelang es unter eigener Lebensgefahr, die Holzbohle kurz vor Passieren des Zuges von den Gleisen zu entfernen.

Die Sicherheit auf dem Meere. Die Internationale Konferenz für die Sicherheit auf dem Meere hielt bekanntlich am Dienstag in London ihre Schlußsitzung ab. Lord Mersey, der den Vorsitz führte, erklärte, daß der Wortlaut der von Großbritannien, Deutschland, Frankreich, den Vereinigten Staaten, Oesterreich-Ungarn, Italien, Spanien, Schweden, Norwegen, Holland, Belgien und Dänemark unterzeichneten Konvention 74 Artikel enthalte und vor dem 15. Februar nicht veröffentlicht werden würde, um den Abordnungen der die Konvention abschließenden Staaten Zeit zu geben, den Wortlaut ihren Regierungen mitzuteilen. Lord Mersey gab sodann einen allgemeinen Überblick über die Hauptpunkte der Konvention. Er erklärte, es sei vorgezogen, einen internationalen Dienst zu schaffen, um den Eingang im Nordatlantischen Ozean zu beobachten und dort treibende Bracks zu zerstören. Es sei beabsichtigt, diesen Dienst der Aufsicht den Vereinigten Staaten zu unterstellen. Die Konvention lege den Kapitänen aller Schiffe die Pflicht auf, auf schnellstem Wege alle gefährlichen Eisberge und Bracks zu melden. Die Konvention nehme den Internationalen Signalcodex an. Ferner legt die Konvention nach den Erklärungen Lord Merseys eine Anzahl von Bauvorschriften fest hinsichtlich der Schotten, der doppelten Böden und des Steuerapparates, sowie hinsichtlich der Kontrolle der Schiffe in allem, was die Kessel, Maschinenanlagen usw. betrifft. Die Konvention unterscheidet zwischen vorhandenen und neu hinzukommenden Schiffen. Zu den letzteren gehören alle Schiffe, die auf Kiel gelegt werden, nachdem die Konvention in Kraft getreten ist. Die Konvention sieht ferner vor, daß alle Handelsschiffe, die sich auf internationalen Reisen oder auf Fahrten nach Kolonien befinden, gleichviel, ob sie Passagiere an Bord haben oder nicht, drahtlose Telegraphie führen müssen, falls sie fünfzig oder mehr Personen an Bord haben. Auf schnellen Passagierschiffen und auf Schiffen, die auf ihrer Fahrt mehr als 500 Meilen von Hafen zu Hafen zurücklegen, muß der drahtlose Dienst unausgesetzt in Bereitschaft sein. Weiterhin schreibt die Konvention vor, daß die Schiffe eine genügende Anzahl von Rettungsbooten führen müssen, um 75 Prozent aller an Bord befindlichen Personen aufzunehmen, und daß für die verbleibenden 25 Prozent entweder Flöße oder weitere Rettungsboote vorhanden sein müssen. — Rußland hat die Konvention noch nicht unterzeichnet.

Ueber alles die Ehre.

Roman von M. R. Herrmann.

Nachdruck verboten.

(7)

Das Fest nahm seinen Anfang. Gedämpft klangen die Töne der Musik, als die große Schar der Gäste den Speisesaal betrat. Es war eine stattliche Versammlung. Die Herren im Braut, die Damen in auslesener Gesellschaftskleidung. Im Saal glänzten und funkelten die Diamanten und Brillanten in wahrhaft bezaubernder Pracht, die hellen Seidengarderoben in allen Farbenprachtungen gaben dem Ganzen eine reizende Abwechslung. In den Kristallleuchten perlte funkelnder Wein. Ein Summen und Sinnen machte sich an den Tischen breit, dagewöhnlich klang das Klappern und Klirren von Tellern, das Geräusch der arbeitenden Messer und Gabeln, dann wieder ertönten aus der verdickten Musikflute die Klänge der Musik. In den Gängen aber eilten stiller hin und her.

An einer Seitentafel hatten sich Bankier Schönsfelder und Gattin niedergelassen, zu seiner Rechten saß Kommerzienrat Herzberg und Frau. Ueberhaupt schien es, als ob die Inhaber der hervorragendsten Handelshäuser und der Fabriken hier ihren Platz gefunden hätten. Dafür war die Unterhaltung an dieser Tafel nicht so gezwungen, wie die an den anderen. „Es ist schade“, bemerkte nach einiger Zeit Schönsfelder zu seiner Frau, „daß durch den Garnisonbefehl unsere Leutnants von dem Besuche des Vereinshauses ausgeschlossen sind, sonst würde das Bild noch ein farbenprächtigeres sein, wie es jetzt ist. Und vor allen Dingen würden unsere jungen Damen bessere Unterhalter haben, als wie es die Herren Referendare, Assessoren und besseren „jungen Leute“ aus den Kontoren sind.“ ergänzte Frau Schönsfelder die Rede ihres Gatten. „Sieh nur, wie fleißig es zum Beispiel drüben an der Tafel zugeht, an der der Herr Regierungsrat und alle die anderen Räte mit Gattinnen und Töchtern Platz genommen haben.“

„Ja, Ihre Frauen bleibt Euch gleich in der Schwärmerei für das bunte Tuch“, erwiderte lachend der Bankier. „Sieh dann an seinen Nachbar, den Kommerzienrat, wendend, bemerkte er fragend: „Was mag nur die Kommandantur bewogen haben, den Offizieren das Betreten des Vereinshauses plötzlich zu verbieten?“

„Man spricht, daß der hier tagende Klub der Junggefallen dem Spiele stark frönt. Und um nun den jungen Herren vom Militär die Gelegenheit zu nehmen, das Geld der Väter am grünen Tisch in einer Nacht los zu werden, soll das Verbot auf spezielles Eingreifen des Kommandierenden ergangen sein. Wenn es Sie interessiert, führe ich Sie, wenn der Tanz begunnen, in die Räume des Klubs. Ich kenne den geheimen Zugang und durch ein Mitglied das Lösungswort, das uns den Eintritt gestattet wird.“

„So sind Sie also bei den Junggefallen bekannt?“

„Freilich“, erwiderte der Kommerzienrat, „habe zuweilen selbst ein Spielchen riskiert, aber Haare lassen müssen, und

deshalb spiele ich nicht mehr. Scheint überhaupt eine sonderbare Gesellschaft zu sein, diese Junggefallen. Doch Sie werden ja selbst sehen, wenn Sie mit heraufkommen. Sie kommen doch mit?“

Schönsfelder wartete mit der Antwort, er wollte zuerst ablehnen, dann aber siegte die Neugierde, und so erklärte er: „Ja, ich will einmal sehen, wie es dort zugeht.“

Nach aufgehobener Tafel begab sich der Zug der Gäste in den Tanzsaal, der von Nebendäumen unscheinbar flankiert war. Die Musik, die zwischen Tanz- und Speisesaal postiert war, ließ ihre verlockenden Töne erschallen, und bald schwebte die jüngere Welt auf dem spiegelglatten Parkett im Takte der Musik dahin.

Die Bekannten hatten sich in Gruppen zusammengefunden. Die älteren Semester betrachteten neugierig das bunte Bild im Saale, an die Triumphe denkend, die sie früher gefeiert. Vorbei war die Zeit der Jugend.

Einnend sah Schönsfelder den Tanzenden nach, als eine Hand sich auf seine Schulter legte und eine Stimme flüsternd bemerkte: „Kommen Sie, Schönsfelder.“ Es war Herzberg.

Beide begaben sich nun aus dem Saale. Der Kommerzienrat hatte die Führung übernommen. Er kannte den geheimen Zugang und auch den Mechanismus, der die Tür öffnete. Die Wendeltreppe war nur spärlich beleuchtet, aber jene, die sie betreten, kannten jede Stufe. Dumpfes Stimmengewirr klang den beiden von oben entgegen, dagewöhnlich wieder war das Klirren der Geldstücke zu vernehmen. Sie waren an der oberen Türe angelangt. Diese war verschlossen. Auf das Wachen Herzbergs verstummt innen jedes Geräusch. Nach einiger Zeit wurde nach dem Begehrt der Kommanden gefragt. Herzberg nannte das Lösungswort und seinen Namen. Wiederum trat eine Zeit der Ruhe ein, dann öffnete sich die Türe. Ein Türhüter empfing beide und führte sie durch einen leeren Garderobe in den Klubsaal.

Eine Fülle abgeblendetes Lichtes ließ an mehreren Tischen erhaltene, von Spielbeiden gerötete Gesichter erkennen. Die Spieler nahmen von den Eintretenden wenig Notiz. In den Bogen befanden sich einige Bekannte von beiden, in der Hauptsache Fabrikbesitzer. Sie begrüßten beide mit lautem Hallo, besonders aber Schönsfelder. „Wollen Sie sich auch rümpfen lassen, lieber Schönsfelder?“ so schallte es von mehreren Seiten entgegen.

„Nein, wollte bloß mal sehen, ob die Dummheit denn noch nicht alle find, die ihr Geld dem Spielteufel opfern“, erwiderte der Bankier. „Wenn ich mein Geld los werden will, dann kann ich es ins Wasser werfen und habe dann noch die Vergnügung es plumpsen zu hören.“

„Bravo!“ ertönte die Stimme des Fabrikbesizers Hagen. „Aber, alter Junge, da Du zu uns Junggefallen gekommen bist, so erlaube, daß wir Dich bewirten.“ Er schenkte beiden zwei Gläser feinsten Sekt ein. „Prost, meine Herren.“ Die Gläser klirrten.

Dann wandte Schönsfelder seine Aufmerksamkeit dem Spiel-

saale zu. Er sah sogar mehrere der Herren Referendare und

Assessoren, die vorher an dem Festessen der Bürgergesellschaft teilgenommen, eifrig dem Spiele huldigen, selbst mehrere Offiziere, allerdings in Zivil, saßen am grünen Tische. Dort in der Ecke befand sich sogar Leutnant Adalbert von Ehrenstein.

Der Bankier lächelte und bemerkte zu Herzberg: „Was wohl die Ehre sagen würde, wenn sie den eigenen Sohn hier am Spieltische, trotz ergangenen Verbots, sitzen sähe.“

„Um Gottes willen, seien Sie still“, warnte Herzberg. „Oberster Grundsatz der Junggefallen ist, niemals über etwas, was hier geschieht, zu sprechen. Es herrscht hier eine eigene Sprache, in der jeder Spieler seinen besonderen Namen hat. Die Polizei würde vergeblich die Mitgliederliste des Klubs zu entziffern versuchen, denn alle Vorsichtsmaßregeln sind getroffen worden, daß nichts von dem Treiben hier in die Öffentlichkeit dringt.“

„Und dennoch muß die Militärbehörde etwas darüber erfahren haben“, erwiderte Schönsfelder, der die Spieler aufmerksam musterte. „Büchlich blieb sein Auge auf einem Spieler haften, der dem Leutnant Adalbert von Ehrenstein gegenüber saß. Der Bankier betrachtete den Spieler genau. Er sah nochmals hin und wandte sich dann topfschüttelnd an Herzberg: „Wenn jener Herr einen Bart trüge, würde ich ihn für den Oberleutnant Rudolf von Ehrenstein halten. Sieht er nicht Adalbert von Ehrenstein sehr ähnlich?“

Beide begaben sich in den Saal und schritten von Tisch zu Tisch; so kamen sie auch an den Tisch, an dem sich Adalbert von Ehrenstein befand. Vor ihm lag eine große Summe Geldes. Es konnten mehrere tausend Mark sein. Die Bank hielt Kurt von Raven, den Schönsfelder immer wieder betrachtete, mußte, da die Ähnlichkeit mit Rudolf von Ehrenstein sehr groß war. Nur um den Mund legte sich ein verächtlicher Zug, auch die Augen irren von den Karten fortwährend zu den Mitspielern hin. „Merkwürdig!“ dachte der Bankier. Dann aber wandte er sich dem Spiele zu. Diesmal hatte Kurt von Raven als Bankhalter einen großen Gewinn eingefest. Schönsfelder beobachtete nun den Bankhalter. Es fiel ihm auf, daß dieser eigenartige Mächenschaften mit den Karten anstellte, doch gab er dem keine Bedeutung. In diesem Augenblick sah Adalbert von Ehrenstein auf und erkannte den Bankier des Vaters. Er erblickte, denn es war ihm äußerst unangenehm, an diesem Orte von einem Bekannten gesehen zu werden, der nicht den „Junggefallen“ als Mitglied angehörte. Er kämpfte einen Augenblick mit einem Entschlusse, dann raffte er die Geldscheine und das Goldgeld auf, versenkte es in seiner Brieftasche und in seiner Börse, erhob sich hastig und wollte den Tisch verlassen, als Kurt von Ravens spöttische Stimme ertönte: „Nun, haben Sie genug des schändlichen Rammons eingesackt, Krüger?“

Fortsetzung folgt.

Rede des Reichstagsabgeordneten Liz. Mumm Im Reichstage über die Sonntagsruhe Im Handelsgerwerbe.

Schluss.

Ich möchte endlich bemerken, daß die Ausnahme für die Prokuristen, wie schon mein Herr Vorredner mit Recht bemerkte, eine Quelle tausendfacher Schwierigkeiten sein wird und daß zum mindesten eine Einschränkung auf diejenigen Prokuristen, die Vollprokura haben, angezeigt sein wird. Sonst kann man — und das werden die gerissensten Herren schon tun — durch diese Masche des Gesetzes hindurchschlüpfen, indem man einer ganzen Anzahl von Angestellten eine Prokura unter Bedingungen gibt, bei der sie in Wirklichkeit für das Geschäft nicht gefährlich ist. Der Angestellte nimmt natürlich gern den Titel Prokurist an, und infolgedessen ist der Inhaber in der Lage, in seinem Geschäftsbetrieb auch an den Sonntagen arbeiten zu lassen zum Nachteil der Konkurrenz, die kein so weites Gewissen hat.

Wenn wir in der Kommission in die Detailarbeit eintreten, werden wir gewiß sehen, daß Schwierigkeiten vorhanden sind. Ich kenne die Schwierigkeiten der Konkurrenten, die Mäße der Zigarrenhändler, die aus dem Vorrechtprivilegium resultieren. Wir sind die Beschwerden der Blumenhändler nicht gleichgültig. Wenn sich in der Kommission erweist, daß eine Mehrheit für eine völlige Sonntagsruhe nicht zu haben ist, müssen wir an die Frage herantreten, ob es möglich ist, die Sonntagsruhe im vollen Umfang wenigstens für alle größeren Städte — die Wein- und Biergewerbe ausgeschlossen —, wie der Herr Kollege Erzberger vorgeschlagen hat, einzuführen, oder ob es möglich ist, einen Unterschied der Jahreszeiten vorzunehmen, wie Herr Kollege Warmuth soeben angeregt hat, sodaß wenigstens ein Teil des Jahres hindurch die völlige Sonntagsruhe zur Durchführung kommt. Es ist besser, wenn wir wenigstens einen beträchtlichen Schritt vorangehen, als daß wir überhaupt nichts erreichen. Aber je weniger Ausnahmen wir in unserem deutschen Vaterlande haben, je besser ist es für uns, und vor allem dürfen wir wohl hoffen, daß wir wenigstens in den Großstädten und für die Kontore in diesem Jahre die volle Sonntagsruhe erreichen.

Der vorliegende Gesetzentwurf nötigt auch zu einem Wort über den Begriff der Sonntagsruhe. Eine vierundzwanzigstündige Ruhe kann in Wahrheit noch nicht eine Sonntagsruhe genannt werden. Nur dann ist Sonntagsruhe vorhanden, wenn auch die Nacht vorher und die Nacht, die darauf folgt, arbeitslos ist. Das betrifft nun freilich auch ein anderes Gebiet: wenn in der preussischen Eisenbahnverwaltung auf diesem Gebiet noch recht viel unzulängliches vorhanden ist, oder wenn die Bäckereien jede Nacht durcharbeiten müssen, nicht aus Vorliebe der Bäckermeister, sondern weil das Publikum in seinem Unverstand und seiner geringen sozialpolitischen Verantwortlichkeit derartiges verlangt, dann schädigt das die Sonntagsruhe aufs schwerste, und es muß von dieser Stelle aus der Ruf ausgehen, daß unser Volksgewissen und unser Volksbewußtsein uns hilft, auf diesem Gebiet voranzukommen und daß wir dadurch auch in der Richtung vorankommen, daß der freie Sonabend Nachmittag, der Sonabendfrühstück immer weiter durchgeführt wird. Schwierigkeiten sind vorhanden, und es ist ja wohl nicht nur ein zeitlich, sondern auch ein sachlich wertvolles Zusammentreffen, wenn wir zu gleicher Zeit mit dem Sonntagsruhegesetz auch das Gesetz über das Hausiergewerbe behandeln und darum diejenigen Fälle, in denen ein unsolides, schädliches Hausiergewerbe durch Ausbeutung der Sonntagsruhe vorankommen würde, zugleich mit treffen. Aber meine Herren, sobald Fortschritte sozialpolitischer Natur kommen, erhebt sich seitens derer, die sich benachteiligt meinen, eine große Unruhe. Sobald der sozialpolitische Fortschritt sich einmal eingelebt hat, steht es ganz anders. Denken Sie daran, daß sich über den Neunhundertenschlus zu Anfang die größte Unruhe erhob, und Mitte 1913 hatten nicht weniger als 1287 Gemeinden den Achtuhreladenschluß durchgeführt, und kein Mensch sehnt sich nach der Rückkehr der früheren Zustände. Ich bin bereit, mit großer Freudigkeit an allem mitzuarbeiten, was auf dem Felde der „Mittelstandspolitik“ Positives geleistet werden kann, und der Antrag, den wir seinerzeit unter Nr. 127 der Drucksachen eingebracht haben, unser Verlangen nach zeitgemäßer Ausbeutung des gewerblichen Vermögens nach Heranziehung der Fabrikbetriebe, der juristischen Personen zu den Kosten der Lehrlingsausbildung, nach Aufhebung des § 100q der Gewerbeordnung, Ausbau des Gesetzes zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes, Einführung einer stufenweise aufsteigenden Reichsumsatzsteuer für Großmühlen, Warenhäuser und Filialgeschäfte, Verbot von Wanderlagern und Wanderauktionen, Regelung des Submissionswesens usw. zeigt, daß wir auf diesem Felde tätig sein wollen. Ich halte es für eine gesunde Mittelstandspolitik, wenn wir denjenigen breiten Schichten des gewerblichen Mittelstandes und der Ladenbesitzer folgen, die ihrerseits bereit sind, auf diesem Felde voranzugehen, und die von ganzer Seele und mit allen Fasern ihres Herzens wünschen, daß sie mehr den Feiertag heiligen können, als sie es bisher unter dem Druck der Konkurrenz vielfach gekonnt haben.

Die erste Rede, die seinerzeit Adolf Stöcker hier im Reichstag gehalten hat, galt der Sonntagsruhe, galt dem Kampfe gegen die Packwagen, die die Reichspostverwaltung Sonntags vormittags durch die Straßen raffen ließ. Er hat Jahr für Jahr dagegen kämpfen müssen. Immer wieder kam der Einwurf, die Beseitigung dieses Uebelstandes sei nicht durchführbar und bedeute einen zu großen Einschnitt in das Verkehrsleben. Seine letzte Rede konnte er mit dem Dank beginnen, daß endlich dasjenige, was er seit vielen Jahren erstrebt hatte, auch zur Durchführung gekommen sei. Kein Mensch, meine Herren, wünscht wieder den früheren Zustand zurück, bei dem die Packwagen während der Stunden des Gottesdienstes die Straßen durchraffelten. Nachdem die Sache eingeführt war, hat sie sich in voller Glätte durchgeführt. Und so, meine ich, soll die Posaune einen klaren Ton geben, müssen wir so weit zur völligen Sonntagsruhe kommen, so weit es nur immer möglich ist.

Als der christlich deutsche Arbeiterkongress vor zehn Jahren zum ersten Mal zusammentrat, übermittelte er seine Beschlüsse dem Herrn Reichskanzler, und der Reichskanzler Fürst Bülow hat damals bei dem Empfang der Arbeiterordnung jene Worte gesprochen, mit denen ich schließen will: Ich sehe in der Sonntagsruhe eine der Lebensquellen für unser ganzes Volkstum. (Bravo! bei der Wirtschaftlichen Vereinigung.)

Die fünf größten Wehrbeiträge.

Der Stand der Einschätzungen zum Wehrbeitrage ist so weit gediehen, daß sich seine Ausgestaltung im einzelnen bereits gut überblicken läßt. Es ergibt sich, daß allein die fünf größten Wehrbeiträge die staatliche Höhe von zwanzig Millionen Mark erreichen. Diese Summe verteilt sich folgendermaßen. Den höchsten Betrag hat Frau Bertha Krupp von Bohlen und Halbach an das Reich abzuführen. Ihr Vermögen ist mit 284.000.000 Mk. und ihr jährliches Einkommen mit 18.000.000 Mark einzuschätzen, demnach beläuft sich ihr Wehrbeitrag auf 5 Millionen Mk. Unter denen, die 4 Millionen entrichten werden, ist an erster Stelle der deutsche Kaiser hervorzubringen. Er steht mit der Höhe seines Beitrages an der Spitze aller von den sonstigen deutschen Bundesfürsten zu leistenden Wehrbeiträge. Ihm gleich stehen auf Grund ihres annäherungsweise auch auf gleichem Stand sich haltenden Vermögens und Einkommens der Fürst Guido von Donnersmarck und der Fürst Christian Kraft zu Hohenlohe-Dehringen, Herzog von Ujest. Sehr groß wird sich auch der Beitrag des Fürsten v. Pleß und des Freiherrn Mar von Goldschmidt-Roschold gestalten. Man ist übrigens in finanzwissenschaftlichen Kreisen vielfach der Ansicht, daß bei Gelegenheit der Veranlagung zum Wehrbeitrag in vorzüglicher Weise zum ersten Male eine genaue Feststellung des Nationalreichtums des deutschen Volkes sich ermöglichen lassen wird.

Lokales und Provinzielles.

* **Serborn**, 23. Jan. Der „Altertums- und Geschichts-Verein“ hält am nächsten Sonntag nachmittag halb 4 Uhr im Nassauer Hof eine Mitgliederversammlung ab. U. a. steht auf der Tagesordnung auch die Frage betr. Anbringung der Wappen am Rathaus bezw. Zuschuß hierzu.

* **Reichsbank-Diskont**. Die Reichsbank ermäßigte den Diskont von 5 auf 4 1/2 % und den Lombardzinsfuß von 6 auf 5 1/2 %.

* **Görsbach**, 22. Januar. Herr W. Kr. von hier schlachtete dieser Tage ein Schwein mit dem gewiß seltenen Gewicht von 580 Pfund. (Anmerkung des Seherlehrlings: Wenn hier kein Druckfehler vorliegt, hat der Mann wirklich ein „großes Schwein“ gehabt.)

* **Straßberg**, 22. Jan. Am Dienstag Abend wählte der Schulvorstand in Bierstadt den Lehrer Rehe aus Verzhahn für die dortige Volksschule. Der Schulvorstand schlug diesen Herrn dem Gemeinderat zur Wahl vor. Der Gemeinderat wählte jedoch am Mittwoch Abend den Lehrer Dietrich Straßberg.

* **Weslar**, 22. Jan. Strafkammerurteilung. Wegen räuberischen Diebstahls war der Arbeiter J. D. von Krefeld, 3. Jt. in Untersuchungshaft, angeklagt. D. hatte im August v. J. einem Dillener Bürgermeister ein Fahrrad im Werte von 180 Mark gestohlen und es nachher für 7 Mark an einen Arbeiter verkauft. Er erhielt 6 Monate Gefängnis. — Ebenfalls wegen Diebstahls hatte sich der Erdarbeiter E. D. von Haiger zu verantworten. Da er im heutigen Termin nicht erschienen ist, wird ein Haftbefehl gegen ihn erlassen. — Die Viehhändler L. L. II. von Ehringhausen und S. D. von Haiger waren wegen Uebertretung des Viehschutzes angeklagt. Der Ehringhäuser hatte in Allendorf bei Haiger für den Haigerer eine tuberkulöse Kuh gekauft. Der Angeklagte D. hatte sie dann ohne polizeiliche Genehmigung ausgeführt, obgleich ihm bekannt war, daß er das nicht dürfe. L. wurde freigesprochen, D. erhält 15 Mark Geldstrafe. — Das Dienstmädchen S. N. aus Oppeln, 3. Jt. in Strafkraft, war vom April bis Mai 1913 bei einer Kantinenwirtin in Dillenburg in Stellung gewesen und hatte ihrer Dienstherrin in dieser Zeit einen Geldbetrag von 16 Mark gestohlen. Unter Einbeziehung einer bereits vom Schöffengericht Dillenburg erkannten Gefängnisstrafe von 2 Wochen erhält die Angeklagte eine Gesamtgefängnisstrafe von 3 Monaten und 3 Tagen. Die Untersuchungshaft wurde angerechnet. — Die Privatklagesache des konservativen Landtagskandidaten vom vorigen Jahre, von Vobelschwingen, gegen verschiedene Mitglieder des hiesigen nationalliberalen Parteivorstandes endete mit der Freisprechung der Angeklagten. Das Urteil stellt zwar die Tatsache der Beleidigung fest, kann jedoch gleichwohl zu einer Verurteilung nicht kommen, da die Verhandlung keine ausreichende Aufklärung über die Täterschaft gegeben habe und die angeklagten nationalliberalen Parteivorstandsmitglieder bestritten, die Täter zu sein.

* **Biedenkopf**, 22. Jan. Im nahen Wetter wohnte ein junges Mädchen bis zum frühen Morgen einem Tanzfränzchen bei und begab sich dann zur Ruhe. Als es nach Stunden erwachte, mußte es die Wahrnehmung machen, daß es völlig erblindet war.

* **Westerburg**, 22. Jan. Eine hiesige Frau schnitt sich gestern die Halschlagadern auf und verblutete, ehe Hilfe herbeigekommen werden konnte.

* **Vom Stegskopf** (bei Emmertshausen), 22. Jan. Der Wintersportverein Daaden verendet folgenden Wetterbericht: Temperatur — 12, Schneehöhe 40 cm, Nebelbahn sehr gut, Eisbahn gut. Der Wintersportplatz ist abgesehen von Daaden von den Stationen Niederbreiselsdorf und Bursbach, auch von Nehe mit der Westerwaldquerbahn gut zu erreichen. Er wird von vielen Sportfreunden regelmäßig besucht und bietet auf seinen sanften Abhängen, die sich stundenweit erstrecken, ein vorzügliches Skigelände. Mit allen sportlichen Vorzügen ausgestattet, kann er sich anderen Plätzen ebenbürtig zur Seite stellen. Eine Hütte sorgt für Unterkunft und Stärkung. Die Nebelbahn ist mit zwei Kurven über 2 Kilometer lang, es ist auch eine Sprungschanze angelegt. Für nächsten Sonntag ist mit noch genügendem Schnee zu rechnen.

* **Aus dem Taunus**, 22. Jan. So lange, wie in diesem Jahr hat selten der Wintersport im Taunus geblüht. Auch am nächsten Sonntag finden auf den Höhen wieder zahlreiche Rennen statt, die von den Koblenz, Schneeschuh- und Vobelschuh-Klubs veranstaltet werden. Den interessantesten Sport dürfte wieder der Vobklub „Taunus“ bieten, der auf seiner Bahn einen von Baurat Jacob-Homburg gestifteten „Saalburgpreis“ ausfahren läßt. — In den wildreichen Revieren zwischen Udingen und Brandobersdorf fanden dieser Tage ausgedehnte Jagden auf Hochwild statt, die eine reiche Ausbeute lieferten. Bei Brandobersdorf wurden von Frankfurter Pächtern sechs Kapitalhirsche zur Strecke gebracht. Auch Oberförster Graf Kerssenbrock erlegte in den staatlichen Forsten einen Spießhirsch und schoß einen anderen weibwund.

* **Königsstein**, 22. Jan. Die zahlreichen Zusammenstöße und Entgleisungen, die sich in den letzten Monaten auf der Privatbahn Höchst-Königsstein ereigneten, waren in der letzten Stadtorordnetenversammlung der Gegenstand eingehender Beratungen. Einstimmig erkannte man die unhaltbaren Zustände im Betrieb dieser Bahn und die damit verbundenen schweren wirtschaftlichen Gefahren für Königsstein an. Es wurde beschlossen, die Regierung und die Frankfurter Eisenbahndirektion auf die Gefährlichkeit des Königssteiner Eisenbahnverkehrs aufmerksam zu machen und um Abstellung der Mängel zu ersuchen.

* **Nassau**, 22. Jan. Ueber das Vermögen der altbekannten Firma Gebrüder E. & M. Bach ist gestern der Konkurs verhängt worden. Das Haus war früher gut fundiert.

* **Bingen**, 22. Jan. Den strengsten Frost brachte die vergangene Nacht hier und am Mittelrhein. Am Rhein sank das Quecksilber bis auf 17 Grad Celsius unter Null. An der hiesigen Eisenbahnbrücke staut sich das Eis der Nahe. Die Nahe ist nun in der ganzen Breite zugefroren.

Neueste Nachrichten.

Wechsel in den hohen Reichsämtern.

Berlin, 23. Jan. Gerüchte über einen nahe bevorstehenden Wechsel in der Leitung des Auswärtigen Amtes waren hier gestern verbreitet. Während nun die „Deutsche Tageszeitung“ die neuerlichen Gerüchte über einen Wechsel in den leitenden Stellen des Auswärtigen und dem Kolonialamt dementiert und auf Grund authentischer Informationen zu der Feststellung ermächtigt sein soll, daß an diesem Gerücht kein wahres Wort ist, will die „Morgenpost“ an zuverlässiger Quelle erfahren haben, daß der Staatssekretär des Reichskolonialamts seinen Urlaub Freitag abgebrochen hat, was mit dem bevorstehenden Rücktritt des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes von Jagow zusammenhängen soll, an dem nicht mehr gezweifelt werden könne. Als Nachfolger Herrn von Jagows sei Dr. Solf in Aussicht genommen, der seinerseits durch Freiherrn von Rechenberg, dem früheren Gouverneur von Deutsch-Ostafrika ersetzt werden soll.

Die pommerischen Konservativen gegen Demokratisierung.

Stettin, 23. Jan. Gestern fand hier ein außerordentlicher Parteitag der pommerischen Konservativen statt, der von mehr als 4000 Personen besucht war. Nach einem Vortrage des Generals der Kavallerie von Bietinghoff über „Kaisergerwart und Parlamentsherrschaft im Lichte der zäheren Vorgänge“ wurde auf Anregung des Präsidenten des preussischen Abgeordnetenhauses von Schwerin-Wönitz eine entsprechende Entschließung angenommen.

Neue Suffragettendrohungen.

London, 22. Jan. Die Suffragetten hielten gestern eine stürmische Versammlung ab, in der sie erklärten, daß sie die kriegerische Methode wiederaufnehmen würden. Das Jahr 1914, so wurde versichert, solle in der Geschichte der Suffragettentaten zu einem historischen werden. Die Suffragetten erklärten, daß sie sämtliche Staatsgebäude in die Luft sprengen würden, wenn man ihren Forderungen nicht stattgebe.

Der zweite Mordprozeß Schmidt.

New-York, 22. Jan. Der zweite Prozeß gegen den Priester Schmidt, der des Mordes an seiner Geliebten Anna Kunz beschuldigt wird, hat gestern begonnen. Der Gerichtshof beschloß bei Eröffnung der Verhandlung, in ansehnlicher Zahl die unheimlichen Szenen, die sich im ersten Prozeß abgespielt, allen Frauen den Zutritt zu dem Gerichtssaal zu versagen.

Für die Schriftleitung verantwortlich: M. Eid, Serborn

Weilburger Wetterdienst.

Voraussichtliche Bitterung für Samstag, den 25. Jan.
Trockenes und meist heiteres Frostwetter.

Kirchliche Nachrichten.

Sonntag, den 25. Januar 1914
(3. n. Epiph.)

Serborn.
10 Uhr Herr Pfr. Weber
Lieder 338, 214.
Kollette für d. Jerusalemverein.
1 Uhr Kinder Gottesdienst.
nachm. 4 1/2 Uhr
Deklamatorium „Elias.“
Eingang durch das Südpfortal.
8 1/2 Uhr: Versammlung im
Bereinshaus:
Herr Pfarrer Contradi.
Burg.
12 1/2 Uhr Kinder Gottesdienst.
Udersdorf.
1 1/4 Uhr Herr Pfr. Contradi.
Hirschberg.
2 Uhr Herr Rand. Rnauf.
Görsbach.
1 1/2 Uhr Herr Rand. Steubing.
Tausen und Trauungen:
Herr Pfarrer Contradi.

Dillenburg.

Festgottesdienst zur Feier des
Geburtstages Sr. Majestät des
Kaisers und Königs.
9 3/4 Uhr Herr Pfr. Contradi
Lieder 337 u. 339 B. 7.
Kollette für den Jerusalem-
verein, auch in den Kapellen.
11 Uhr Kirchenvorstandssitzung
in der Kirche.
11 Uhr Kinder Gottesdienst.
Lied 159.
5 Uhr Herr Pfr. Fremdt
Lied 144, B. 7.
Eibach.
1 1/2 Uhr Herr Pfr. Fremdt.
Donsbach.
2 Uhr Herr Pfr. Sachs.
Schölschen.
1 1/2 Uhr Herr Pfr. Contradi
Tausen und Trauungen
Herr Pfr. Fremdt.
2 Uhr Bibliothek in der städt.
Volksschule, Zimmer 3.
8 1/2 Uhr Versammlung im
evang. Vereinshaus.

Bekanntmachung.

Am **Mittwoch, den 4. Februar 1914, vorm. 11 Uhr** sollen die im Grundbuche von Herborn Bd. 22 Bl. 775 auf den Namen der Eheleute **Maurermeister Heinrich Wilhelm Theis** und Henriette geb. Schäfer daselbst eingetragenen 4 Grundstücke (darunter 3 Wohnhäuser) durch das unterzeichnete Gericht an der Gerichtsstelle zwangsweise versteigert werden.

Herborn, den 19. Januar 1914.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Am **Mittwoch, den 18. März 1914, vorm. 11 Uhr** sollen die in Merkenbach belegenen, im Grundbuche daselbst Bd. 13 Bl. 479 und 490 auf den Namen des Scharners **Gust Friedrich Dietrich** in Merkenbach eingetragenen 9 Grundstücke (darunter die ideale Hälfte des Wohnhauses, durch das unterzeichnete Gericht an der Gerichtsstelle zwangsweise versteigert werden.

Herborn, den 16. Januar 1914.

Königliches Amtsgericht.

Holz-Submissionsverkauf, Stadtwald Herborn

Zum Wege des schriftlichen Angebots sollen verkauft werden:
1. aus den Distrikten Beilstein, Hohewarte, Neuwald und Steinleite:

151 Nadelholzstämme von 25—29 cm. Durchmesser mit 73,90 fm.,
54 Nadelholzstämme von 30 cm. und mehr Durchmesser mit 42,75 fm.

2. aus den Distrikten Beilstein, Hohewarte u. Neuwald:
78 Eichenstämme mit 19,46 fm. (Grub- u. Wagnerholz)
27 Eichenstangen mit 2,43 fm.,
34 Nm. Eichen-Rußschicht,
6 „ Eichen-Rußknüppel.

Schriftliche Angebote mit der Aufschrift: „Angebot auf Nadel- bzw. Eichenholz“ sind unter Anerkennung der Bedingungen bis **Samstag, den 31. d. M. abends 6 Uhr** an uns einzureichen.

Eröffnung der Angebote **Montag, den 2. Febr., vorm. 11½ Uhr** im Sitzungszimmer des Rathauses.

Die Bedingungen liegen auf Zimmer 10 des Rathauses zur Einsicht offen und können auch gegen 50 Pfg. Schreibgebühren von uns bezogen werden.

Förster Siny erteilt nähere Auskunft.

Herborn, den 20. Januar 1914.

Der Magistrat: Birkendahl.

Stadtwald Herborn. Letzter Holzverkauf.

Freitag, den 30. Januar, vorm. 9½ Uhr kommen in der Turnhalle im Rathaus aus den Distrikten Beilstein, Hohewarte und Johannisberg zum Verkauf:

Eichen: 1 St. 1,99 fm, 30 rm Scheit u. Kpl., 225 Wellen.
Buchen: 118 rm Scheit und Knüppel, 2995 Wellen,
Nadelholz: 87 rm Scheit, Kpl. u. Reifertpl., 370 Wellen.

Herborn, den 22. Januar 1914.

Der Magistrat: Birkendahl.

Höhere Vorbereitungs-Anstalt „Reform“

Kehl a. Rh., Ecke Schul- u. Friedensstrasse.

Internat und Externat.

Vorbereitung für jede Klasse einer höheren Schule, überdies für die

Einj.-Freiw., Obersekunda, Prima- u. Abiturienten-

Prüfung der Real-, Oberrealschule, des Gymnasiums sowie des Realgymnasiums.

Vorsteher:

Kais. Gymnasialdirektor z. D.
Dr. Fr. Hüttemann.

Nur staatlich geprüfte, akademische Lehrkräfte mit Fakultäten für alle Klassen eines Gymnasiums, einer Oberrealschule usw.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Hinscheiden unseres lieben Entschlafenen, insbesondere Herrn Professor Hausen für seine trostreiche Grabrede, sagt aufrichtigen Dank

Herborn, den 22. Januar 1914.

Frau August Welsch Witwe.

Tausende verdanken ihre glänzende Stellung, ihr gelingendes Wissen und Können dem Studium der weltbekannten Selbst-Unterrichts-Werke Methode Rustin

verbunden mit eingehendem brieflichen Fernunterricht. Herausgegeben vom Rustinischen Lehrinstitut. Redigiert von Professor C. Rustin. 5 Direktoren, 22 Professoren als Mitarbeiter.

Das Gymnasium	Die Studienanstalt	Der Bankbeamte
Das Realgymnasium	Das Lehrerinnen-Seminar	Der wiss. geb. Mann
Die Oberrealschule	Der Präparand	Die Landwirtschaftsschule
D. Abiturienten-Exam.	Der Mittelschullehrer	Die Ackerbauschule
Der Einj.-Freiwillige	Das Konservatorium	Die landwirtschaftl. Fachschule
Die Handelsschule	Der geb. Kaufmann	
Das Lyzeum		

Jedes Werk ist käuflich in Lieferungen à 90 Pf. (Einzelnhefte à 1 Mark 1.25)

Ansichtsendungen ohne Kaufzwang bereitwilligst.

Die Werke sind gegen monatl. Ratenzahlung von Mark 3.— an zu beziehen.

Die wissenschaftlichen Unterrichts-Methoden Rustin, setzen keine Vorkenntnisse voraus und haben den Zweck, den Studierenden 1. den Besuch wissenschaftlicher Lehranstalten vollständig zu ersetzen, den Schülern

2. eine umfassende, gezielte Bildung, besonders die durch den Schulunterricht zu erwerbende Kenntnisse zu verschaffen, und

3. in vorzüglicher Weise auf Examen vorzubereiten.

Ausführliche Broschüre sowie Dankschreiben über bestandene Examina gratis!

Gründliche Vorbereitung zur Ablegung von Aufnahme- und Abschlussprüfungen usw. — Vollständiger Ersatz für den Schulunterricht.

Bonnese & Hachfeld, Verlag, Potsdam S. O.

Kluge Hausfrauen

besorgt Eure Einkäufe nur in solchen Geschäften, welche die gelben Spar-Rabattmarken des Spar-Rabatt-Sparunternehmens A. G. Schwarz verausgaben. Für jeden mit 200 dieser Rabatt-Marken besetzten Bogen kann sich die Hausfrau in jedem Geschäft, wo diese Marken verausgabt werden, für 1.— Mk. Ware entnehmen.

Hochachtung

Spar-Rabatt-Sparunternehmen A. G. Schwarz,
Eidelshausen.

Turnverein Herborn.

Die Hauptversammlung

findet am **24. Januar, abends 8½ Uhr** statt.

Tagesordnung:

Aufnahme, Jahresbericht für 1913, Rechnungsablage, Neuwahl des Vorstandes, Gauturntag.

Um zahlreiche Beteiligung bittet

Der Vorstand.

Neuerst vorteilhaft u. bequem für Herborn u. Umgegend ist der **Kursus**, der voraussichtl. in den nächst. Tagen in

Buchhaltung, Wechsel- und Scheckkunde usw.

in Herborn eingerichtet werden soll.

Auskunft ert. u. Anmeldungen nehmen entgegen Dr. Rüfermstr.

Heinr. Schäfer, Herborn und Handelslehrer Wilhelm Belten, Wehlar.

Für Schuhmacher!

Kuponabschnitte, Beschl. f. d. u. dergl. offer. 10 Pf. Paket für M. 7.50 g. Nachn. C. Schirmer, Erfurt

Tafelklavier

mit schönem Ton billig zu verkaufen. Näheres in der Expedition des Nass. Volksfr.

1 Erntewagen

zu verkaufen. Näheres in der Expedition des Nass. Volksfr.

Wer Stellung sucht, verlange die Ztg. „Deutsche Stellen-Post“ Hamburg 36 (113.)

Es genügt Postkarte.

Familien-Nachricht.

Gestorben: Gustav Grüneberg, 62 J. Herborn und Halle a. d. Saale.

Einrahmung

von Bildern und Brautkränzen in einfachster bis feinsten Ausführung.

Anfertigung modern. Rahmen aus massivem Kirschholz.

Beste, sauberste Arbeit. Billigste Berechnung.

Karl Schnautz

Herborn, Schulberg 2.

Adressen-Tafel.

Herren- und Damen-Konfektion

Louis Lehr, Herborn, Hauptstrasse 104.

Herren- u. Damen-Maßgeschäft Friedr. Irrle, Herborn

Hauptstrasse 74. Deutsche u. engl. Stoffe. Hauptstrasse 74.

Cigarren-Spezial-Geschäft

Telefon 284. Otto Ströhm, Herborn, Bahnhofstrasse 19.

Glas-, Porzellan- und Emaillewaren

Gustav Greeb, Herborn, Bahnhofstrasse.

Konfektion- und Modewaren

Louis Lehr, Herborn, Hauptstrasse 104.

Schuhwaren-Geschäfte

Reinhard Schuster, Herborn, Hauptstrasse

Grosse Auswahl in Herren-, Damen- u. Kinder-Stiefeln

Allein-Verkauf der hochfeinen Marke „Thuringia“

L. Rühlung, Herborn, Hauptstrasse

Grosse Auswahl in Herren- u. Damen-Stiefeln

Allein-Verkauf der weltberühmten Marke „Mercedes“

Kurz-, Weiss- und Wollwaren

Louis Lehr, Herborn, Hauptstrasse 104.

Haus- und Küchen-Geräte

Gustav Greeb, Herborn, Bahnhofstrasse.

Tapeten-Lager

Farbenhaus Hunkirchen, Bahnhofstr. 1 Herborn.

Wäsche- und Aussteuer-Artikel

Louis Lehr, Herborn, Hauptstrasse 104.

Hand- und Drahtsellerel

Wilhelm Link, Herborn, Hauptstrasse

Lager in Hängematten, Turngeräten, Bürsten.

Wand-, Tisch- und Hängelampen

Gustav Greeb, Herborn, Bahnhofstrasse.

Polster-Möbel- und Dekoration

Carl Bömpfer, Herborn, Hauptstr. 18

Anfertigung v. Matratzen, Sofas, Sesseln u. s. w. Lieferung kompl. Schlafzimmer-Einricht. Tapeten, Linoleum, Lincrusta.

Lacke, Farben, Pinsel

Farbenhaus Hunkirchen, Bahnhofstr. 1 Herborn.

Chemische Wascherel u. Färberel

Fritz Thomas, HERBORN, Hauptstr. 58.

Herren- und Damen-Frisier-Salon

Friedr. Schlaudraff, Herborn, Hauptstr. 21—23

nach dem neuesten Stile eingerichtet. Anfertigung-Kunst Haararbeiten

Postkarten

mit u. ohne Firma, Linienvordruck, liefert die

Buchdruckerei Emil Anding

Koche mit Knorr

Montag:

Dienstag:

Mittwoch:

Donnerstag:

Freitag:

Samstag:

Sonntag:

Knorr-Grünkernsuppe

„ Reisuppe

Knorr-Gierriebelesuppe

„ Blumenkohl suppe

Knorr-Hausmacheruppe

„ Frankfurteruppe

Knorr-Rönnigsuppe

48 Sorten Knorr-Suppen.

1 Würfel 3 Teller 10 Pfg.

PIANINOS :: FLÜGEL :: HARMONIUMS

Vertretung von Steinway & Sons, Bechstein, Berdux, Faurich, Hofberg, Kuhse, Mannborg, Neumeyer, Perzina, Schiedmayer, Thürmer. Billigste bis hochfeinste Modelle. Höchster Bar-Rabatt. Kleine Raten. Langjährige Garantie.

Piano- und Harmoniums zu vermieten

(2—12 Mark monatlich), bei Ankauf Mietgutschrift. Werkstätte für alle Reparaturen. Klavierstimmen, Aufpolieren von Pianos — Pianola — Phonola.

Welte-Mignon-Piano — Phonola-Piano

WILH. RUDOLPH in GIESSEN

Grossh. Hess. Hoflieferant

Fernsprecher 389

Sellersweg 91